

6.Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 24.April 1953

12/A

A n t r a g

der Abg. P r o k s c h, S c h n e e b e r g e r, S p i e l b ü c h -
l e r und Genossen,
betreffend Abänderung und Ergänzung des Bundesgesetzes vom 28.Juli 1925,
BGBl.Nr.282, über die Bildung eines Wirtschaftskörpers "Österreichische
Bundesforste".

-.--.-

Durch das Bundesgesetz vom 28.Juli 1925, BGBl.Nr.282, über die Bil-
dung eines Wirtschaftskörpers "Österreichische Bundesforste" wurde eine
Einrichtung geschaffen, die es ermöglichen soll, die verschiedenen Forste
und Domänen (bundeseigene und die des Religionsfonds) besser zusammenzu-
fassen und zu verwalten und bei der Verwertung der Forstprodukte und der
sonstigen Ertragnisse die Grundsätze kaufmännischer Betriebsführung zu
beobachten.

Durch den § 5 des genannten Gesetzes wurde aber hiebei für die Ange-
stellten und Arbeiter der Bundesforste eine völlig neue, gegen früher
schlechtere Situation geschaffen, die auch heute noch andauert. Es wurden
nämlich zwar den damals noch im Dienst befindlichen Arbeitern und Ange-
stellten ihre erworbenen Rechte belassen, diese aber den später aufgenom-
menen Bediensteten verweigert, bzw. durften Neuaufnahmen in ein prag-
matisches oder sonstiges ständiges Dienstverhältnis nicht mehr stattfinden.
Damit war auch eine spätere Umwandlung eines nichtständigen Dienstver-
hältnisses in ein ständiges praktisch ausgeschlossen.

Dieser Zustand dauerte vorerst bis zur Annexion Österreichs durch
das Deutsche Reich. Infolge der hiebei stattgefundenen Aufhebung des vor-
erwähnten Bundesgesetzes über die Bildung eines Wirtschaftskörpers
"Österreichische Bundesforste" wurden vermittels Verordnung die betreffen-
den Vertragsangestellten in das österreichische Gehaltsgesetz als Beamte
übergeleitet und dann in das reichsdeutsche Beamtenverhältnis übergeführt.
Nach der Schaffung des Behörden-Überleitungsgesetzes, BGBl.Nr.94/1945,
wurde der vor der Annexion Österreichs bestande Zustand wiederhergestellt,
und die 1938 bis 1945 pragmatisierten Bediensteten wurden wieder in
das Vertragsverhältnis zurücküberführt.

Es besteht also wieder der Zustand des Jahres 1925 bei der Schaffung
des Wirtschaftskörpers "Österreichische Bundesforste", wobei die Ange-
stellten und Arbeiter nach privatrechtlichen Grundsätzen entlohnt werden

7.Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 24.April 1953

und die Verordnung der Bundesregierung vom 4.Oktober 1949, BGBl.Nr.256, das Dienst- und Besoldungsrecht der Vertragsangestellten der Österreichischen Bundesforste regelt.

Die schon lange erhobenen Beschwerden der Arbeiter und Angestellten dieses Bundesbetriebes gehen nun keineswegs gegen die Einrichtung des Wirtschaftskörpers und die kaufmännische Betriebsführung, sie streben lediglich an, so wie früher wieder das Recht der Ständigmachung bzw. der Pragmatisierung mit Pensionsanspruch erhalten zu können. Sie verweisen hiebei insbesondere auf den Umstand, dass der gegenwärtige Zustand sowohl für die Bediensteten wie auch für den Bund nur finanzielle Nachteile ergibt.

Durch den vorliegenden Antrag soll den Bestrebungen der Bediensteten der Bundesforste insoweit Rechnung getragen werden, dass die Möglichkeit geschaffen wird, auch den nach 1925 eingetretenen, bzw. damals noch nicht im ständigen Dienstverhältnis gestandenen Bediensteten dieselben Rechte zu geben, die ihre Kollegen früher erreicht haben. Dies kann am besten durch die Abänderung und Ergänzung der betreffenden Bestimmungen des § 5 des Bundesgesetzes über die Bildung eines Wirtschaftskörpers "Österreichische Bundesforste" geschehen. Hiebei bleibt die Verordnung der Bundesregierung vom 4.Oktober 1949 über das Dienst- und Besoldungsrecht der Vertragsangestellten der Österreichischen Bundesforste unberührt, da sie so wie das Vertragsbedienstetengesetz 1948 die Vorstufe für die Übernahme in den Stand der öffentlich-rechtlichen Bediensteten bilden kann.

In den anderen Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Bildung eines Wirtschaftskörpers "Österreichische Bundesforste" tritt keine Änderung ein.

Auf Grund vorstehender Ausführungen stellen die gefertigten Abgeordneten den nachstehenden

A n t r a g :

Der Nationalrat wolle ein Bundesgesetz, betreffend die Abänderung und Ergänzung des Bundesgesetzes vom 28.Juli 1925, BGBl.Nr.282, über die Bildung eines Wirtschaftskörpers "Österreichische Bundesforste, nach dem beiliegenden Entwurf beschliessen.

--- --

8.Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 24.April 1953

die

Bundesgesetz vom 1953, betreffend/Abänderung und Ergänzung des Bundesgesetzes vom 28.Juli 1925, BGBl.Nr.282, über die Bildung eines Wirtschaftskörpers "Österreichische Bundesforste".

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Bundesgesetz vom 28.Juli 1925, BGBl.Nr.282, über die Bildung eines Wirtschaftskörpers "Österreichische Bundesforste" wird in den nachstehenden Bestimmungen abgeändert bzw. ergänzt:

1. Der Abs.2 des § 5 erhält folgenden Wortlaut:

"(2) Das Dienstverhältnis der im Dienste der "Österreichischen Bundesforste" neu aufzunehmenden Angestellten ist vorerst auf Grundlage der für private Unternehmungen gleicher Art geltenden gesetzlichen Vorschriften nach den Erfordernissen einer streng wirtschaftlichen Betriebsführung zu regeln."

2. Der Abs.3 des § 5 erhält folgenden Wortlaut:

"(3) Die in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zu den "Österreichischen Bundesforsten" stehenden Vertragsangestellten sind so wie bei anderen Bundesbetrieben nach den für Bundesbeamte der allgemeinen Verwaltung geltenden Grundsätzen in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis zu übernehmen."

3. Im Abs.4 des § 5 hat der letzte Satz wie folgt zu lauten:

"Mit Wirksamkeit vom 1.Juli 1953 sind Neuaufnahmen in das ständige (immatrikulierte) Dienstverhältnis wieder vorzunehmen."

4. Dem § 5 wird als neuer Abs.(5) angefügt:

„(5) Für die unter Abs.3 genannten Vertragsangestellten und für die unter Abs.4 letzter Satz genannten Forstarbeiter finden die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 8.Juli 1948, BGBl.Nr.177, sinngemäss Anwendung.“

Artikel II.

(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

(2) Mit der Vollziehung ist der Generaldirektor der Österreichischen Bundesforste im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler betraut.

..--..--

In formeller Hinsicht wird beantragt, den vorliegenden Gesetzentwurf unter Verzicht auf die erste Lesung dem Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft zuzuweisen.

--..--..--